

Gesamt

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 41 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 212'207  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



**EV/UP** ERDÖL-VEREINIGUNG  
UNION PÉTROLIÈRE

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 6  
Fläche: 23'772 mm<sup>2</sup>

## Klimagipfel soll vertragslosen Zustand verhindern

Die Umweltminister haben es an der Konferenz in Cancún in der Hand, das Tempo im Klimaschutz zu beschleunigen.

**Von Martin Läubli, Cancún**

Direkt am Meer, bei strahlender Sonne und sommerlichen Temperaturen können die Umweltminister in dieser Woche im mexikanischen Badeort Cancún das enttäuschende Ergebnis der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen vergessen machen. Ein Ziel der diesjährigen Verhandlungen ist es, möglichst konkrete und verbindliche Beschlüsse zu fassen, um eine gute Ausgangslage für ein neues Klimaabkommen in einem Jahr in Südafrika zu schaffen.

2012 läuft das Kyoto-Protokoll aus, und es zeichnet sich jetzt schon ab, dass es keinen lückenlosen Übergang zum neuen Vertrag geben wird. Dafür hätte der Kopenhagener Gipfel erfolgreich sein müssen, weil es erfahrungsgemäss drei Jahre dauert, bis ein Abkommen durch genügend Staaten ratifiziert ist, um ein solches internationales Abkommen in Kraft zu setzen.

Die Entwicklungsländer pochen deshalb in Cancún immer wieder darauf, dass ein Kyoto-Nachfolgevertrag entscheidend sei für einen weltweiten Klimaschutz. Verschiedene komplizierte Regeln sind an den bestehenden Klimavertrag geknüpft, die den armen Staaten zugutekommen. Zum Beispiel können sich Industrieländer Emissionszertifikate verdienen, falls sie in Klimaprojekte in Entwicklungsländern investieren. Zertifikate wiederum können über den Emissionshandel verkauft werden. Für Unternehmen ist das ein Anreiz, im eigenen Betrieb oder eben in Entwicklungsländern etwas gegen den Klimawandel zu tun. Der Handel funktioniert jedoch nur, wenn die Gesetze der Marktwirtschaft, also Angebot und Nachfrage, spielen. Dies verlangt Auflagen an die In-

dustriestaaten, Treibhausgase zu reduzieren. Experten äussern sich in Cancún besorgt über die Zukunft des Emissionshandels, der ein tragender Pfeiler der bisherigen Klimapolitik ist. Allerdings gibt es ihn unter dem Dach der UNO bis anhin nur im europäischen Raum.

### Grosse Differenzen

Die Industrieländer tun sich aber nach wie vor schwer, ehrgeizige Reduktionsziele festzulegen. In den Verhandlungen der letzten Woche hat sich gezeigt, dass unter den Vertragsstaaten nicht einmal Einigkeit herrscht über den Status des künftigen Klimavertrages, ob er völkerrechtlich verbindlich oder unverbindlich sein soll. Die EU wie auch die Schweiz setzen sich für eine weitere Verpflichtungsperiode ein, aber nur in einem umfassenden Abkommen, also wenn Industrie- und Entwicklungsländer, inklusive USA und China, gleichsam Klimaverpflichtungen eingehen. Die Ergebnisse aus der Klimaforschung belegen, dass sonst eine Reduktion um mindestens 50 Prozent der globalen Treibhausgase bis 2050 nicht erreichbar ist. Bereits heute ist der starke Zuwachs an Emissionen vor allem auf das starke Wachstum von Ländern wie China, Indien und Brasilien zurückzuführen.

Im Gegensatz zu den Industriestaaten, die sich verpflichten, Treibhausgase zu reduzieren, müssen Entwicklungsländer nur nationale Aktionsprogramme ohne verbindliche Reduktionsziele vorgeben. Die USA verlangen darum externe Kontrollen über den Erfolg der Massnahmen. China hingegen missfällt, sich durch ausländische Experten der UNO in ihre Bücher schauen zu lassen. Eine Einigung in diesem Punkt, so hoffen Umweltverbände, könnte Fortschritte in anderen Dossiers bringen. Zum Beispiel in der Frage der Finanzierung des Klimaschutzes. Die Industrieländer haben für die nächsten zwei Jahre zusätzliche 30 Milliarden Dollar versprochen, bis 2020 wollen sie jährlich 100 Milliarden bezahlen. Hier braucht es nun ein glaubwürdiges System, um diese enormen

Geldsummen zu generieren.

Für die Minister liegen nun für die nächsten Tage verschiedene Vorschläge zu Verhandlungstexten auf dem Tisch. Das Abkommen, das daraus entstehen soll, gibt letztlich das künftige Tempo im Klimaschutz vor und entscheidet, wie viel Zeit verstreichen wird zwischen dem alten und einem neuen Vertrag.